Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 32 (2013)
Heft: 62

Artikel: Für eine Politisierung der Care-Arbeit
Autor: Fankhauser, Lilian / Michel, Christine
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651632

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WIDE-TAGUNG 2012

Lilian Fankhauser / Christine Michel

Für eine Politisierung der Care-Arbeit

Zu den Beiträgen der WIDE-Tagung

«Macht Arbeit Gender?» Diese rhetorische Frage stand am Anfang der Tagung, die WIDE Switzerland (siehe Kasten) im Mai 2012 in Bern organisiert hat. Dass Arbeit Geschlechterverhältnisse herstellen, zementieren oder verändern kann und an sich schon vergeschlechtlicht ist, war denn auch Ausgangspunkt der in diesem Teil des *Widerspruch*-Bandes versammelten Tagungsbeiträge. Ein feministischer Blick auf die aktuelle globale Finanzkrise und ihre Folgen für die Lebensverhältnisse macht deutlich, dass ohne Einbezug der unbezahlt wie bezahlt geleisteten Care-Arbeit weder die Auswirkungen der Krise richtig erfasst noch wegweisende politische Antworten gefunden werden. In den vorliegenden Beiträgen spiegeln sich die vier zentralen Bruchstellen der Care-Krise wider, die an der Tagung analysiert und diskutiert wurden: der steigende Druck auf die Haushalte, die Auswirkung von neoliberalen Austeritätsprogrammen auf das Gesundheitswesen und andere wichtige Care-Bereiche, das Ungleichheitsregime der globalisierten Arbeit sowie schliesslich die Mechanismen der Verteilung der Staatsfinanzen.

Die Bedeutung der Care-Arbeit wird von der Politik allmählich erfasst, und es werden neue Modelle zur Regelung von Care-Leistungen lanciert, beispielsweise dieses: Heute helfe ich einer pflegebedürftigen Person zwei Stunden bei der Körperpflege. Diese zwei Stunden stehen mir dann per Zeitgutschrift in zehn, zwanzig, dreissig Jahren zu, wenn ich selber hilfs- oder pflegebedürftig werde. So funktioniert, ganz grob, das «Zeitvorsorge»-Projekt der St. Galler Stadtverwaltung, das Pensionierte mit Zeitgutschriften entlöhnt, wenn sie hilfsbedürftige SeniorInnen betreuen. Aus care-ökonomischer Sicht ist dieses Modell, das genau genommen die Gesundheitskosten senken will, aber problematisch: Die Kosten für die – mehrheitlich von Frauen verrichtete – professionelle, mit Geld bezahlte Care-Arbeit sollen möglichst tief gehalten werden. Das führt zu einer Ver-

schiebung von der bezahlten hin zur unbezahlten, «freiwillig» geleisteten (und vielleicht später rückvergüteten) Arbeit. Besonders stossend ist, dass die Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern nicht neu verhandelt wird. Es ist davon auszugehen, dass in St. Gallen unbezahlte Care-Arbeit auch zukünftig mehrheitlich von Frauen geleistet wird.

Damit zeichnet sich auch für die Schweiz eine Entwicklung ab, die *Shahra Razavi* für verschiedene EU-Staaten nachweist: Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt in den meisten Ländern zu massiven Budgetkürzungen im öffentlichen Sektor, insbesondere im Gesundheits-, Pflege- und Bildungssektor, von denen Frauen überproportional betroffen sind: Zum einen stellen sie weltweit durchschnittlich zwei Drittel des Personals öffentlicher Dienste, und zum anderen beziehen sie aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Care-Arbeit, aufgrund von Schwanger- und Mutterschaft und wegen ihrer tieferen Löhne mehr öffentliche Leistungen.

Der Bericht zu den Auswirkungen der Schweizer Konjunkturprogramme aus Gendersicht, wie ihn der Bundesrat im Mai 2012 vorlegte, greift deshalb zu kurz, wenn er sich darauf beschränkt festzustellen, dass die Arbeitslosigkeit von Männern stärker auf konjunkturelle Schwankungen reagiert als die von Frauen. Die nähere Analyse der Massnahmen zeigt, dass stabilisierende Massnahmen wie Kurzarbeitsentschädigung (die Angestellten reduzieren befristet ihre Arbeitszeit und erhalten dafür vom Staat eine Entschädigung) fast ausschliesslich im Industriesektor zur Anwendung kamen, während im privaten Dienstleistungssektor, in dem mehrheitlich Frauen arbeiten, Personal durch Pensenreduktionen abgebaut und damit der Lohnverlust privatisiert wurde. Während die vom Bund ergriffenen Massnahmen für die Weiterbildung junger stellenloser BerufsabgängerInnen beiden Geschlechtern gleichermassen zugute kamen, richteten sich weitere Ausbildungsmassnahmen, insbesondere Weiterbildungen im Greentech- und Energiebereich, fast ausschliesslich an junge Männer. Man hätte durchaus auch auf den viel diskutierten Personalnotstand im Pflegebereich mit entsprechenden Massnahmen reagieren können. Die Schlussfolgerung des Berichts, wonach die Massnahmen auf die krisenbetroffenen männerdominierten Branchen ausgerichtet waren und dort ihre Ziele erreicht hätten, machen deutlich, dass der Blick auf «Zweitrundeneffekte» von Wirtschaftskrisen und insbesondere ihre Folgen für die Care-Ökonomie und die Haushalte allgemein noch fehlt.

Der Ansatz des Gender Budgeting, so wird im Beitrag von *Katharina Mader* deutlich, kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diesen Blick zu schärfen. Gender-Budgeting-Prozesse sind daran zu messen, ob sie die unbezahlte Care-Arbeit in die Analyse mit einbeziehen. Gerade in Krisenzeiten müsse der Staat dazu beitragen, den «care burden», den vor allem die Frauen tragen, zu reduzieren. Der geschärfte Blick ermöglicht eine kri-

tische Analyse der verheerenden Auswirkungen, die neoliberale Praktiken gerade auch im Care-Sektor hinterlassen. Die Folgen des «neoliberalen Turns», der in Polen schon nach der Wende 1989 eintrat, beobachtet *Ewa Charkiewicz* mit grosser Besorgnis. Sie zeigt in ihrem Beitrag, wie sich im polnischen Gesundheitssystem der ständig wachsende Druck auf die ArbeitnehmerInnen negativ auf die Arbeits- und Pflegequalität auswirkt.

Da sich Care-Arbeit nur in Grenzen rationalisieren lässt, wird sie lediglich verlagert – vom öffentlichen Sektor in die Privathaushalte. Dies belastet besonders prekäre Lebenskonstellationen, so *Michèle Amacker:* Für viele Haushalte in der Schweiz stelle beispielsweise die Langzeitpflege eines Menschen ein erhebliches Armutsrisiko dar. Denn soziale Absicherung ist nach wie vor überwiegend an Erwerbstätigkeit gebunden, und somit sind Menschen, die unbezahlte Care-Arbeit leisten, nur ungenügend abgesichert. Zudem werden Versorgungslücken mit zunehmender Häufigkeit von Migrantinnen gefüllt – unter prekären Bedingungen und oft ohne soziale Absicherung. *Sarah Schilliger* beleuchtet in ihrem Beitrag die Arbeits- und Lebensbedingungen von Care-Arbeiterinnen aus Osteuropa in der Schweiz und fordert die Anerkennung der Hausarbeit als Erwerbsarbeit und gleiche Rechte für alle Hausarbeiterinnen weltweit. Auch *Ulrike Knobloch* sieht in der Stärkung des Rechts auf soziale Sicherheit als allgemeines Menschenrecht einen Ansatz zur Lösung der Care-Krise. Denn soziale Absicherung steht jedem Menschen zu, unabhängig davon, ob er oder sie erwerbstätig ist oder nicht, in einer Partnerschaft lebt oder nicht, Kinder hat oder nicht.

Doch mit der sozialen Sicherung allein ist das Problem nicht gelöst, betont Sarah Schilliger: Durch das neue globale Netz transnationaler sozialer Reproduktion entstehen im Norden neue Abhängigkeiten und soziale Ungleichheiten. Deshalb sei es notwendig, den gemeinhin als «Privatsache» wahrgenommenen Bereich der Haus- und Betreuungsarbeit zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung und Gestaltung zu machen. Die in die Care-Arbeit eingebetteten Machtverhältnisse stehen auch im Beitrag von *Christa Wichterich* im Zentrum. Sie fordert, dass die Organisation von Care nicht in neoliberaler Manier den Haushaltsökonomien und internen Aushandlungsprozessen überantwortet wird. Eine Politisierung der Care-Arbeit verschafft auch unseren Forderungen nach einem «caring state», nach einer Ökonomie, die sich um Menschen, um das Soziale und um die Natur sorgt, erhöhte Aufmerksamkeit.

Gesundheit als Gemeingut, Hausarbeit als Gemeingut, Care als Gemeingut – die Debatten um solidarische Sorgeökonomie und die Vergemeinschaftung zentraler Güter (Commoning) haben wichtige Verbindungen. Verschiedene Autorinnen nehmen Bezug auf die aktuelle Diskussion über den Wert von Gemeingütern und formulieren Gegenstrategien zu

neoliberalen Ansätzen der Krisenbewältigung. Im Werkstattbericht der Mitorganisatorinnen der Tagung *Franziska Müller* und *Annemarie Sancar* wird dieser Faden aufgenommen und weitergesponnen. Care ist gemeinsames Gut und Tun; Commoning ist im Kern Praxis der Teilhabe und des schonenden Umgangs mit Care. Dabei, dies eines der Ergebnisse der WIDE-Tagung, gilt es, das Geschlechterverhältnis nicht aus den Augen zu verlieren: Auch im Bereich der Gemeingüter gibt es Geschlechterhierarchien, denen unsere Aufmerksamkeit weiterhin gelten muss.

Wir danken an dieser Stelle allen Autorinnen für ihre Beiträge, den ReferentInnen und Moderatorinnen der Tagung und unseren Mitstreiterinnen bei WIDE Switzerland fürs Mitdenken. Bei der Redaktion der Zeitschrift *Widerspruch* bedanken wir uns für die fruchtbare Zusammenarbeit.

WIDE Switzerland wurde 2009 als nationale Plattform von Women in Development Europe von Genderspezialistinnen und Aktivistinnen gegründet. WIDE Switzerland organisiert Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote zu Care-Arbeit, Handel, Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik.
Weitere Informationen: www.wide-network.ch

LUXEMBURG 3
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2012

GRÜNER SOZIALISMUS: Neue Farbe für ein altes Wort? | Planung | Ökologie bei Marx? | Grün geht nicht lokal | Gutes Leben | Gleichheit statt Verzicht | Volks-Autos und Kollontai-Höfe | Semantik oder Programm?
AUSSERDEM: Bewegung und Organisierung: Syriza als Hoffnung | Indignados im Parlament? | Piraten | Bewegung in der LINKEN | und mehr
MIT BEITRÄGEN VON: Katja Kipping & Bernd Riexinger | Gregory Albo | Patrick Bond | Elmar Altvater | Sabine Leidig | Ulrich Brand | Frieder Otto Wolf | Nicola Bullard | Raul Zelik | Clemes Knobloch | Luis Juberias | Hilary Wainwright | Horst Kahrs | Christoph Kleine u.a.

hgg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung, September 2012, 160 S., 10,– €, Jahres-Abo 30,– € (4/Jahr), erm. 20,– €
Bestellung: VSA: Verlag,St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg oder online: www.zeitschrift-luxemburg.de